

# Der zweite Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen 2025

## Meilenstein im Ringen um globale soziale Rechte?

von Jens Martens

Vom 4. bis 6. November 2025 veranstalten die Vereinten Nationen in Doha, Katar den zweiten Weltgipfel für soziale Entwicklung (World Summit for Social Development, WSSD2). Der erste Gipfel zu diesem Thema fand 30 Jahre zuvor in Kopenhagen statt. Die Initiative für eine Neuauflage des Weltsozialgipfels ging vom UN-Generalsekretär António Guterres aus. Er hatte sich bereits 2021 in seinem Report „Our Common Agenda“ für einen solchen Gipfel ausgesprochen. Er griff damals eine Initiative des Club de Madrid auf. Dieser Zusammenschluss ehemaliger Staats- und Regierungschef\*innen hatte darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie die weltweite Dynamik von Ungleichheit und Ausgrenzung verschärft und die soziale Kluft vergrößert hätten. Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) seien durch die Pandemie massiv verzögert worden. Notwendig sei daher ein verstärktes Engagement für die sozialen Ziele der Agenda 2030, etwa in Form eines neuen Gesellschaftsvertrages (new social contract). Ein neuer Weltsozialgipfel sollte diesem Zweck dienen.

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen machten sich diese Forderung zu eigen und beschlossen, im Jahr 2025 einen solchen Gipfel durchzuführen. Sein generelles Ziel soll es sein

*“to address the gaps and recommit to the Copenhagen Declaration on Social Development and the Programme of Action and its implementation and give momentum towards the implementation of the 2030 Agenda“ (GA-Resolution 78/261 vom 26. Februar 2024).*

Dieses Briefing Paper informiert über die Hintergründe, die politischen Rahmenbedingungen, die Erwartungen und den Vorbereitungsprozess des zweiten Weltsozialgipfels. Wie schon 1995 steht auch dieser Gipfel unter schwierigen politischen Vorzeichen. Der erste Weltsozialgipfel war damals die „sozialdemokratische“ Antwort auf die neoliberale Politik der Reagan/Thatcher-Ära und den von IWF und Weltbank propagierten Washingtoner Konsens. Im Jahr 2025 sind marktradikale und reaktionäre Politikrezepte wieder auf dem Vormarsch. Soziale Rechte und die Ziele soziale Gerechtigkeit stehen vielerorts unter Beschuss. Aber gerade deswegen bietet der zweite Weltsozialgipfel die Chance, die soziale Frage wieder höher auf der weltpolitischen Agenda zu verankern. Der Gipfel kann dazu dienen, progressive zivilgesellschaftliche Akteure, Gewerkschaften, Wissenschaftler\*innen und politische Kräfte zusammenzubringen, um sich gemeinsam für eine Stärkung der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung einzusetzen.

### 1. Rückblick: Die historische Bedeutung des ersten Weltsozialgipfels

Im März 1995 kamen Vertreter\*innen der damals 185 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, darunter 117 Staats- und Regierungschef\*innen (unter ihnen Helmut Kohl, Nelson Mandela und Fidel Castro), in Kopenhagen zum ersten **Weltsozialgipfel** zusammen, „um die Bedeutung

sozialer Entwicklung und des Wohlergehens aller Menschen anzuerkennen und diesen Zielen jetzt und bis ins 21. Jahrhundert hinein höchste Priorität zu geben.“ Mit diesen Worten beginnt die **Kopenhagener Erklärung**, die bei dem Gipfel verabschiedet wurde.

Der Gipfel fand wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Scheitern des realsozialistischen Entwicklungsmodells statt. Er fiel zugleich in eine Zeit, in der viele Länder des Globalen Südens mit den katastrophalen Folgen neoliberaler Strukturanpassungspolitik zu kämpfen hatten. Das UN Research Institute for Social Development (UNRISD) hatte im Vorfeld des Gipfels in seinem umfassenden Report „**States of Disarray**“ die sozialen Folgen der Globalisierung thematisiert und anhand zahlreicher Beispiele belegt, wie Deregulierung und wirtschaftliche Liberalisierung dazu beigetragen haben, Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit zu erhöhen.

Drei Jahre zuvor hatte in Rio de Janeiro die historische UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) stattgefunden, auf der die Staaten mit der Agenda 21 erstmals ein globales Aktionsprogramm für Nachhaltigkeit verabschiedeten. In Kopenhagen sollte nun die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung ins Zentrum gerückt werden. Nach den Worten des damaligen chilenischen UN-Botschafters Juan Somavia, der als geistiger Vater des Weltsozialgipfels gilt, sollte mit Kopenhagen an die Stelle wirtschaftlichen Wachstums das „soziale Wachstum“ als zentrale politische Zielgröße treten.

Die drei Hauptthemen des Weltsozialgipfels waren die Bekämpfung der Armut, die Schaffung produktiver Beschäftigung und die Förderung sozialer Integration. Zu diesen Themen formulierten die Regierungen in der Abschlusserklärung zehn Verpflichtungen (*Commitments*), die im **Aktionsprogramm von Kopenhagen** (mehr oder weniger) konkretisiert wurden.

Die Verpflichtungen waren in ihrem Duktus zum Teil äußerst ambitioniert und sind, da sie bis heute nicht erfüllt wurden, weiterhin aktuell. Das gilt insbesondere für die Verpflichtung, „die Armut in der Welt durch entschlossenes nationales Handeln und internationale Zusammenarbeit auszurotten.“ Das Ziel der Vollbeschäftigung sollte als grundlegende Priorität der Wirtschafts- und Sozialpolitik gefördert werden und soziale Integration durch den Schutz der Menschenrechte, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Achtung der Di-

versität, Chancengleichheit, Solidarität, Sicherheit und Partizipation aller Menschen vorangetrieben werden. Um die Verpflichtungen zu erfüllen, sollten die Ressourcen für soziale Entwicklung signifikant erhöht werden. In diesem Zusammenhang brachte Inge Kaul, damals Direktorin des Human Development Reports von UNDP, in Kopenhagen erstmals die Einführung einer Devisentransaktionssteuer (*Tobin-Steuer*) in die politische Diskussion. In den Abschlussdokumenten von Kopenhagen schlug sich dieser Vorschlag allerdings ebenso wenig nieder, wie die Forderung nach einer jährlich dreiprozentigen Reduzierung der Militärausgaben zugunsten sozialer Entwicklung (Stichwort: Friedensdividende).

In Kopenhagen wurden immerhin Beschlüsse verabschiedet, die dafür sorgten, dass die „soziale Frage“ auch in den folgenden Jahren auf der internationalen politischen Agenda blieb. Dies werteten manche als den eigentlichen Erfolg des Gipfels. Im Folgeprozess bildeten sich in vielen Ländern zivilgesellschaftliche Koalitionen, die es sich zur Aufgabe machten, die Umsetzung der Kopenhagener Verpflichtungen durch ihre Regierungen zu überwachen. Auf globaler Ebene schlossen sie sich zum Netzwerk **Social Watch** zusammen. Auch in Deutschland gab es einen solchen Zusammenschluss von Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften und Sozialverbänden, zunächst unter dem Namen „Deutsches NRO-Forum Weltsozialgipfel“, später als „Social Watch Deutschland“.

Parallel zum eher wohlfahrtsstaatlichen Ansatz des Weltsozialgipfels beeinflussten aber auch weiterhin neoliberale Konzepte, wie sie von den Bretton-Woods-Institutionen propagiert wurden, den Entwicklungsdiskurs. Um die konkurrierenden Entwicklungsansätze miteinander zu „versöhnen“, bemühten sich nach 1995 die OECD, die Weltbank, der IWF und die Vereinten Nationen gemeinsam, ein Set von entwicklungspolitischen Kernzielen zu definieren, über die ein umfassender politischer Konsens hergestellt werden sollte. Ergebnis waren die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), ein eng begrenztes Set von acht Zielen überwiegend in den Bereichen Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung, die vor allem für die ärmeren Länder des Globalen Südens relevant waren. Sie verdrängten den umfassenderen Ansatz des Aktionsprogramms von Kopenhagen und bestimmten nach dem Jahr 2000 den entwicklungspolitischen Diskurs.

Dies änderte sich erst 15 Jahre später, als die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die **Agenda**

2030 und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedeten. Diese Ziele berücksichtigen wieder alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung und besitzen für sämtliche Länder der Welt Gültigkeit. Dies kam einem Paradigmenwechsel gleich, der angesichts der proklamierten „Transformation“ hin zu einem zukunftsgerechten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem faktisch alle Länder der Welt zu „Entwicklungsländern“ machte.

Auch die Kernthemen des Weltsozialgipfels finden sich in der Agenda 2030 und ihren Zielen an prominenter Stelle wieder. So soll laut SDG 1 bis zum Jahr 2030 die extreme Einkommensarmut (seit Juni 2025 definiert als Prokopfeinkommen von weniger als 3,00 US-Dollar pro Tag) überall auf der Welt beseitigt sein. Zusätzlich soll der Anteil der Menschen mindestens halbiert werden, die nach den jeweiligen nationalen Definitionen in Armut („in all ihren Dimensionen“) leben. Eine weitere Zielvorgabe nicht nur zur Überwindung, sondern auch zur Verhinderung von Armut ist die Einführung und der Ausbau sozialer Sicherungssysteme (SDG 1.3).

SDG 8 zielt unter anderem darauf, bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderun-

gen, sowie gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu erreichen (SDG 8.5). Mit SDG 10 verpflichten sich die Regierungen erstmals in einem UN-Dokument, Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern zu reduzieren, soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion zu fördern und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Die bisherige Bilanz der SDG-Umsetzung zeigt allerdings, dass es bei vielen der Ziele keine ausreichenden Fortschritte gegeben hat. Nicht zuletzt die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben die weltweite Dynamik von Ungleichheit und Ausgrenzung eher verschärft und die soziale Kluft vergrößert. Dies veranlasste den UN-Generalsekretär, sich in seinem Report „**Our Common Agenda**“ für ein verstärktes Engagement für die sozialen Ziele der Agenda 2030 auszusprechen. Ein zweiter Weltsozialgipfel sollte diesem Zweck dienen. Das mögliche Ergebnis skizzierte er folgendermaßen:

*“The Summit outcome could be an update of the 1995 Copenhagen Declaration on Social Development, covering issues such as universal social protection floors, including universal health coverage, adequate housing, education for all and decent work, and give momentum towards achieving the Sustainable Development Goals.”* (S. 30).

## 2. Stagnation statt Fortschritt: Indikatoren sozialer Entwicklung zeichnen trübes Bild

Dass dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt ein Blick auf einige der zentralen Indikatoren sozialer Entwicklung:

Die Zahl der Menschen, die in extremer **Armut**, d. h. nach aktualisierter **Weltbank-Definition** von weniger als 3 US-Dollar pro Tag, leben, wird für 2025 auf 808 Millionen geschätzt. Dies sind zwar 1,5 Milliarden Menschen weniger als im Jahr 1990, aber das Ziel der vollständigen Überwindung extremer Armut könnte beim jetzigen Tempo erst in Jahrzehnten verwirklicht werden.

Legt man einen multidimensionalen Armutsbegriff zugrunde, nachdem sich Armut beispielsweise auch im fehlenden Zugang zu Bildung, Kultur und sozialer Teilhabe widerspiegelt, ist die Zahl höher. Auf Grundlage des Multidimensionalen Armutsindex (Multidimensional Poverty Index, MPI), den die Oxford Poverty and Human Development Initiative entwickelt hat, schätzt **UNDP 2024** die Zahl

der Menschen, die in multidimensionaler Armut leben, auf 1,1 Milliarden.

Es wäre abwegig zu glauben, die Armut wäre überwunden, wenn alle Menschen über ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 3 US-Dollar pro Tag verfügten. Diese Armutsgrenze kann allenfalls die Schwelle des Überlebens markieren, nicht aber die Schwelle zum „angemessenen Lebensstandard“, wie er als Recht in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte allen Menschen zugestanden wird. Die Weltbank hat daher als zusätzliche Armutsschwellen für Länder mit mittlerem Einkommen 4,20 US-Dollar und 8,30 US-Dollar eingeführt. Gemessen an letzterem Wert gelten 3,73 Milliarden Menschen als arm, und damit 45 Prozent der Weltbevölkerung (s. Tabelle).

Tabelle: Aktualisierte Armutszahlen weltweit (Prognose für 2025)

Region	Armutsschwelle		
	3,00 US-Dollar (extreme Armut)	4,20 US-Dollar	8,30 US-Dollar
	Zahl der Menschen in Millionen		
Europa und Zentralasien	4,29	9,45	45,09
Ostasien und Pazifik	40,45	117,85	592,47
Südasien	94,90	394,95	1.514,80
Naher Osten und Nordafrika	43,41	71,98	224,18
Afrika südlich der Sahara	587,17	821,30	1.163,97
Lateinamerika und Karibik	30,25	56,42	175,77
Andere Länder mit hohem Einkommen	7,73	9,08	16,91
<b>Welt</b>	<b>808,2</b>	<b>1.481,03</b>	<b>3.733,19</b>

Quelle: <https://pip.worldbank.org/home> (Werte in 2021 Kaufkraftparitäten)

Noch immer leben viele Menschen in Armut, obwohl sie erwerbstätig sind, und gehören damit zu den *working poor*. Nach Angaben der ILO (S. 14) lebten 2024 weltweit mehr als 240 Millionen Menschen trotz Arbeit in extremer Armut.

Das relativiert den Fakt, dass die weltweite **Arbeitslosenquote** im Jahr 2024 ein Rekordtief von 5,0 Prozent erreichte. Zudem ist die Quote noch immer bei Frauen und jungen Menschen wesentlich höher. Nach Angaben des ILO-Reports „**World Employment and Social Outlook: Trends 2025**“ (S. 7) befanden sich 2024 weltweit 20,4 Prozent der jungen Menschen weder in einem Ausbildungs- noch in einem Beschäftigungsverhältnis. Dabei zeigen sich eklatante Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Junge Frauen waren mit einer Rate von 28,2 Prozent mehr als doppelt so häufig betroffen wie junge Männer (13,1 Prozent).

Schließlich arbeiteten im Jahr 2024 weltweit 58,2 Prozent der Erwerbstätigen in **informellen Beschäftigungsverhältnissen**. In Ländern mit niedrigem Einkommen lag die Rate sogar bei 88,5 Prozent. Die meisten von ihnen verfügen über keinerlei soziale Sicherung. Der Anteil der prekär Beschäftigten ist nach der Coronakrise sogar gestiegen, weil die wirtschaftliche Erholung vieler-

orts mit einer Ausweitung des informellen Sektors einherging.

Der Anteil der Menschen, die durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert sind, ist nach Angaben des **Weltberichts zur sozialen Sicherung 2024-2026 (World Social Protection Report 2024-2026)** zwar erstmals auf mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (52,4 Prozent) gestiegen. Das bedeutet aber auch, dass weiterhin **3,8 Milliarden Menschen ohne jegliche soziale Sicherung** leben müssen. Die ILO rechnet vor, dass es beim gegenwärtigen Fortschrittstempo noch weitere 49 Jahre – bis 2073 – dauern würde, bis alle Menschen durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert wären. Dabei gibt es weiterhin eklatante Unterschiede zwischen den Ländern. Während Länder mit hohem Einkommen sich auf eine universelle Absicherung ihrer Bevölkerung hinbewegen (85,9 Prozent), hat sich in den Ländern mit niedrigem Einkommen der Anteil der Menschen mit Zugang zu sozialen Sicherungssystemen seit 2015 mit 9,7 Prozent kaum erhöht.

Der Hauptgrund dafür ist die weiterhin bestehende **massive Finanzierungslücke**, vor allem in den ärmeren Ländern. Während in den Ländern mit hohem Einkommen im Durchschnitt 16,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für soziale Siche-

rung ausgegeben wird, sind es in den Ländern mit niedrigem Einkommen gerade einmal 1,1 Prozent.

Um ein Mindestmaß an sozialer Sicherung zu gewährleisten, benötigen die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach **Berechnungen der ILO** jährlich zusätzlich 1,4 Billionen US-Dollar bzw. 3,3 Prozent des aggregierten BIP (2024) dieser Länder, davon 2,0 Prozent des BIP bzw. 833,4 Milliarden US-Dollar allein für die gesundheitliche Grundversorgung.

Der UN-Generalsekretär weist in seinem aktuellen **SDG-Fortschrittsbericht 2025** darauf hin, dass sich die Mitgliedsstaaten der ILO bereits 2012 verpflichteten, universelle und rechtebasierte Soziale Basisschutzsysteme (*Social Protection Floors*) zu etablieren, aufrechtzuerhalten und umzusetzen. Sie sind auch ein wesentliches Instrument zur Reduzierung sozio-ökonomischer Ungleichheit.

Die Entwicklungsorganisation Oxfam warnt seit Jahren in ihren Analysen davor, dass sich die weltweite **Ungleichheit** weiter verschärft – so auch in ihrem **Bericht 2025**. Demnach gab es 2024 weltweit 204 neue Milliardär\*innen, insgesamt wuchs ihre Zahl auf 2.769. Ihr Gesamtvermögen ist innerhalb eines Jahres von 13 Billionen US-Dollar auf 15 Billionen US-Dollar (2024) gestiegen. Dem gegenüber stehen stagnierende Armutszahlen, die Zahl der Menschen, die hungern, ist weltweit seit 2019 sogar um 152 Millionen auf 733 Millionen Menschen gestiegen.

Ein wichtiges Instrument gegen die Ausweitung sozio-ökonomischer Ungleichheit ist die Durchsetzung von **Gewerkschafts- und Arbeitnehmer\*innenrechten**. Aber auch hier konstatiert der UN-Generalsekretär in seinem **SDG-Fortschrittsbericht 2025** (Pkt. 82) einen Trend in die falsche Richtung. Die Einhaltung der Arbeitnehmer\*innenrechte hat sich demnach seit 2015 im weltweiten Durchschnitt um 7 Prozent verschlechtert. Dabei war der stärkste Rückgang in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) zu verzeichnen (–45,4 Prozent). Aber auch in den Ländern mit hohem Einkommen gab es einen Rückgang um 16,5 Prozent. Die anhaltenden Verstöße gegen die Arbeitnehmer\*innenrechten un-

tergraben die Gewerkschaftsfreiheit und schränken die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume zunehmend ein (*shrinking space*).

Die Verschlechterung der sozialen Lage in vielen Ländern der Welt war auch eine Folge der globalen Wirtschaftskrisen in den Jahren 2007–2009 und 2020–2022. Als Reaktion darauf kam es vielerorts zu einer Renaissance der Austeritätspolitik. **Isabel Ortiz und Matthew Cummins** haben in einem Report 2022 gezeigt, dass 143 Länder bis 2025 Einschnitte in den öffentlichen Haushalten geplant hatten. Viele Länder sind mit schrumpfenden Staatseinnahmen konfrontiert oder befinden sich bereits in einer akuten Schuldenkrise.

Forderungen, die Auszahlung von Krediten an den Rückbau von sozialstaatlichen Leistungen zu koppeln, erwiesen sich vor diesem Hintergrund als kontraproduktiv. Laut einer **Studie von Oxfam** aus dem Jahr 2021 forderte der Internationale Währungsfonds (IWF) bei 85 Prozent der während der COVID-19-Pandemie bewilligten Kredite Einsparungen im Sozialbereich – mit potenziell gravierenden Auswirkungen für die vulnerabelsten Teile der Bevölkerung.

Zu einem ähnlichen Befund kam ActionAid International im Mai 2025 in seiner empirischen Untersuchung **The Human Cost of Public Sector Cuts in Africa**. Sie zeigt am Beispiel von sechs afrikanischen Ländern – Äthiopien, Ghana, Kenia, Liberia, Malawi und Nigeria, wie Sparmaßnahmen in den letzten fünf Jahren zu einer signifikanten Verschlechterung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens geführt haben. In den sechs Ländern berichteten 84 Prozent der befragten Lehrkräfte über einen Rückgang des Realeinkommens zwischen 10 und 50 Prozent seit 2020. 97 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitssektor bezeichneten ihr Gehalt als unzureichend, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken.

Es ist zu befürchten, dass sich angesichts der von der **OECD dokumentierten** Kürzungen der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA) in vielen Ländern die Austeritätspolitik noch verschärfen wird.

### 3. Reaktionen: Eine menschenrechtsbasierte Politik des sozialen Ausgleichs

Als Reaktion auf die verschlechterte soziale Lage forderten viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Wissenschaftler\*innen und UN-Institutionen eine stärkere Ausrichtung der Politik an den Zielen sozialer Entwicklung. Sie bereiteten mit ihren Forderungen den Weg hin zum zweiten Weltsozialgipfel.

Bereits im Jahr 2020 haben über 500 Organisationen und Wissenschaftler\*innen aus 87 Ländern den IWF und Finanzministerien weltweit dazu aufgefordert, die Austeritätspolitik zu beenden und stattdessen Politikmaßnahmen zu unterstützen, die Exklusion und Ungerechtigkeit adressieren. Dieses Projekt wurde 2022 in die **End Austerity-Kampagne** überführt. Sie benennt zahlreiche Alternativen zur rigiden Sparpolitik, darunter:

- » eine höhere Besteuerung von Vermögenden und Großkonzernen,
- » die Einführung von Digital- und Übergewinnsteuern,
- » Schuldenschnitte,
- » eine bessere Verfolgung von Steuerhinterziehung und
- » eine Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben hin zu mehr Investitionen in den sozialen Bereich.

Über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften machen sich zudem dafür stark, einen **Globalen Fonds für soziale Sicherheit** einzurichten. Er soll vor allem einkommensschwache Länder beim Auf- bzw. Ausbau und der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme unterstützen. Einer der Fürsprecher dieser Initiative ist der UN-Generalsekretär, der den Vorschlag 2021 in seinen Report „**Our Common Agenda**“ aufgenommen hat. Der UN-Generalsekretär hatte im September 2021 auch die Initiative für einen **Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions** ins Leben gerufen. Die Initiative zielt darauf, bis 2030 mindestens 400 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem in der *Green Economy* und in der *Care Economy* und die soziale Grundsicherung auf die fast vier Milliarden Menschen auszuweiten, die derzeit davon ausgeschlossen sind.

Im Einklang damit stehen auch die Forderungen der Gewerkschaften nach einem Neuen Globalen

Gesellschaftsvertrag (**A New Social Contract**) als kollektiver Verpflichtung zur Verwirklichung zentraler Arbeitnehmer\*innenrechte.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) umfasst ein solcher Gesellschaftsvertrag die folgenden sechs Elemente:

- 1) die Schaffung von menschenwürdigen und klimafreundlichen Arbeitsplätzen im Sinne einer Just Transition;
- 2) die Verwirklichung der universellen Rechten für alle Arbeitnehmer\*innen;
- 3) existenzsichernde Mindestlöhne und Maßnahmen zur Lohngleichheit;
- 4) universeller Sozialschutz, einschließlich der Einrichtung eines Globalen Fonds für soziale Sicherheit;
- 5) Maßnahmen zur Beendigung aller Formen der Diskriminierung, z. B. aufgrund der Herkunft oder des Geschlechts, und
- 6) Gewährleistung eines wirklich integrativen multilateralen Systems, in dem die Länder des Globalen Südens den politischen Spielraum erhalten, um ihre eigenen Entwicklungsmodelle zu definieren.

UNRISD hat die Idee des Neuen Gesellschaftsvertrages aufgegriffen und sie um die ökologische Dimension ergänzt. Die Vision eines neuen **Eco-Social Contract** unterscheidet sich grundlegend von den Arrangements zwischen Kapital und Arbeit, die die Gesellschaftsverträge des 20. Jahrhunderts geprägt haben. Ein neuer öko-sozialer Gesellschaftsvertrag sollte auf den Menschenrechten basieren, Hand in Hand mit einem neuen Fiskalvertrag gehen, der genügend Ressourcen für den Klimaschutz und die Umsetzung der SDGs aufbringt, Wirtschaften im Einklang mit der Natur anstreben, Geschlechtergerechtigkeit und historische Ungerechtigkeiten berücksichtigen und auf neuen Formen solidarischer Kooperation von soziale Bewegungen und fortschrittliche Allianzen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft basieren. **Katja Hujo von UNRISD** fasst das Konzept folgendermaßen zusammen:

*“A twenty-first-century eco-social contract, in terms of process and outcome, will reflect a reconfiguration of a range of relationships that have become sharply*

*imbalanced—those between state and citizen, between capital and labour, between the global North and the global South, between humans and the natural environment. It will be based on rebalancing hegemonic gender roles, resetting dominant discourses, and uprooting relations grounded in patriarchy and cultural norms. It will help define rights and obligations, promote greater equality and solidarity, and provide legitimacy, credibility, trust and buy-in for reforms underpinning*

*transformative change. It will serve to reduce inequalities in all their dimensions, help us to recover from Covid-19 in an equitable and transformative way, and improve our resilience for shocks and crises yet to come.” (S. 12f)*

Der zweite Weltsozialgipfel könnte aus Sicht von UNRISD ein wichtiger Meilenstein sein, um auf dem Weg zu einem solchen neuen öko-sozialen Gesellschaftsvertrag Fortschritte zu erzielen.

#### 4. Auf dem Weg zum zweiten Weltsozialgipfel: Positionen und mögliche Resultate

Die Entscheidung, einen Weltsozialgipfel unter dem offiziellen Titel „Zweiter Weltgipfel für Soziale Entwicklung“ durchzuführen, fällten die UN-Mitgliedsstaaten in einer Resolution der Generalversammlung am 26. Februar 2024. Das generelle Ziel des Gipfels soll sein,

*“to address the gaps and recommit to the Copenhagen Declaration on Social Development and the Programme of Action and its implementation and give momentum towards the implementation of the 2030 Agenda.”*  
(GA-Resolution 78/261)

Ergebnis des Gipfels soll eine prägnante, handlungsorientierte politische Erklärung sein. Sie soll im Vorfeld im Konsens im Rahmen zwischenstaatlicher Verhandlungen in New York vereinbart werden.

In der **Modalitäten-Resolution** vom 16. Juli 2024 konkretisierten die Mitgliedsstaaten das Format des Gipfels und den weiteren Vorbereitungsprozess. Demnach soll der Gipfel auf der Ebene von Staats- und Regierungschef\*innen vom 4. bis 6. November 2025 in Doha, Katar stattfinden.

Zu Kofazilitator\*innen für den Verhandlungsprozess wurden die Ständigen Vertreter\*innen Belgiens und Marokkos berufen. Sie riefen in einem ersten Schritt die Mitgliedsstaaten auf, ihnen ihre Vorschläge für die Abschlusserklärung zu übermitteln. Diese flossen in ein **Food for Thought-Papier** ein, das am 7. März 2025 veröffentlicht wurde.

Darin formulierten sie als Lehre der letzten drei Jahrzehnte,

*„that incremental change is not sufficient. Strengthening the social dimension of sustainable development requires more than short-term fixes or reactive measures in times of crisis.” (S. 3)*

Notwendig seien

*„bold and effective social policies that are woven into a whole-of-government, whole-of-society, people-centred, and integrated approaches.“ (S. 3)*

Von besonderer Bedeutung sei dabei das

*„funding of social protection floors, with particular attention to the needs of people in impoverished and vulnerable situations and strengthening social protection systems to guarantee universal coverage, providing stability and security across the life course. Member States may wish to consider a realistic target to extend social protection coverage by at least two percentage points per year.” (S. 4)*

Grundsätzliches Ziel sollte sein

*„a renewed global social contract anchored in the respect for human and labor rights and fundamental freedoms.”*  
(S. 8)

Das **Food for Thought**-Papier bewegt sich auf relativ hohem Abstraktionsniveau und enthält wenig konkrete Politikempfehlungen. Stärker ins Detail geht der **World Social Report 2025**, den das UN Department of Economic and Social Affairs (DESA) und das UN University World Institute for Development and Economic Research (UNU-WIDER) im April 2025 unter dem Titel „A New Policy Consensus to Accelerate Social Progress“ veröffentlichten. Er bildet eine wichtige inhaltliche Grundlage für den zweiten Weltsozialgipfel. Der Weltsozialbericht 2025 plädiert dafür, die Politikgestaltung durch eine soziale Brille zu betrachten und in sämtlichen Politikfeldern, allen voran der Steuerpolitik, soziale Ziele systematisch zu berücksichtigen. Notwendig sei ein neuer politischer Konsens, der auf den Prinzipien „equity, economic security for all, and solidarity“ basiert. Wichtige Bausteine sind dabei politische Institutionen, die die Konzentration von Macht und Reichtum verringern, und eine vertiefte internationale Zusammenarbeit.

Weitere inhaltliche Beiträge kamen von der United Nations Inter-Agency Task Force (UN IATF), die zur Vorbereitung des Gipfels eingerichtet wurde. Sie hat drei sogenannte *Non-Papers* zu den Hauptthemen des Gipfels produziert, nämlich **Armutsbekämpfung**, **soziale Inklusion** sowie **Vollbeschäftigung und gute Arbeit für alle**.

Auf Basis dieser Inputs und mehrerer Konsultationsrunden veröffentlichten die Kofazilitator\*innen am 25. April 2025 den **Zero Draft** für die Abschlusserklärung des Gipfels. Er bildete die Grundlage für die folgenden Verhandlungen, die im Rahmen informeller Konsultationen ab dem 9. Mai 2025 in New York stattfanden. Die Kofazilitator\*innen hatten dafür in einem **Brief an die Mitgliedsstaaten** einen Fahrplan (*Roadmap*) vorgelegt. Entgegen dem Anspruch der Modalitäten-Resolution, die Vorbereitungen in einer „möglichst effektiven, gut strukturierten und breit angelegten partizipativen Art und Weise“ durchzuführen („preparations should be carried out in a most effective, well-structured and broad participatory manner“), fanden die Konsultationen allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Anders als im Vorbereitungsprozess des ersten Weltsozialgipfels und in anderen Politikprozessen, wie dem Financing for Development-Prozess, hatten nichtstaatliche Akteure keine Partizipationsmöglichkeiten.

Der zehnteilige Zero Draft besteht aus vier Teilen:

- » Einer **Vision für die Zukunft**. Sie betont das Bekenntnis zu Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Gleichheit. Die Quintessenz lautet: „We are convinced that addressing today’s social challenges requires strengthening international solidarity, building trust, and a renewed commitment to multilateral action on the social pillar of sustainable development, innovative solutions, and inclusive international cooperation to fully translate the promises into concrete outcomes for all.“ (S. 3)
- » Einem **Bekenntnis zu Grundprinzipien**. Darin werden neben den Verpflichtungen von Kopenhagen insbesondere die Agenda 2030 und der Schutz der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, bekräftigt.
- » Einem **Call to Action**. Dieser Hauptteil der Abschlusserklärung enthält spezifische Verpflichtungen zur Beseitigung der Armut, zur Förderung menschenwürdiger Arbeit, zur Verbesserung der sozialen Integration und zur Behand-

lung von Querschnittsthemen wie Ernährungssicherheit, Gesundheit, digitale Transformation, Gleichstellung der Geschlechter, Wohnen und Migration. Außerdem enthält dieser Teil einen Abschnitt zur Finanzierung sozialer Entwicklung. Er sieht unter anderem die Verpflichtung zur Erhöhung der Investitionen in die Sozialpolitik, einschließlich sozialer Sicherungssysteme, vor, allerdings ohne diese näher zu spezifizieren.

- » Vorschlägen zu **Follow-up und Überprüfung**. Vorgesehen ist die Einrichtung eines strukturierten Überprüfungsmechanismus, einschließlich eines alle fünf Jahre stattfindenden Review unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung und einer Stärkung der beim ECOSOC angesiedelten Kommission für soziale Entwicklung (CSOCD).

Der Zero Draft stieß bei den meisten Mitgliedsstaaten auf grundsätzliche Zustimmung. **Irak als Sprecher der G77 und Chinas** nannte ihn eine „gute Grundlage für die Verhandlungen“. Die Gruppe betonte, dass die Abschlusserklärung die strukturellen globalen Ungleichheiten und das Recht auf Entwicklung hervorheben sollte. Bei einer Reihe von Themen wünschte sie sich explizitere Aussagen, etwa zur Bedeutung der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung, dem notwendigen Abbau von Zollschränken und nichttarifären Handelshemmnissen und dem ungehinderter Zugang zu medizinischen Produkten.

Auch **Stavros Lambrinidis, Leiter der EU-Delegation bei den Vereinten Nationen in New York**, nannte den Zero Draft einen gute Startpunkt für die Verhandlungen. Die EU stimmt vielen der Aussagen des Entwurfstextes zu, etwa dem ganzheitlichen Ansatz der Armutsbekämpfung und der besonderen Betonung der Gender-Perspektive. Die EU schlägt einen separaten Abschnitt zum Thema „soziale Sicherung“ vor und betont die zentrale Rolle der ILO bei der Förderung von sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Arbeit für alle. Die **Global Coalition for Social Justice**, die von der ILO 2023 ins Leben gerufen wurde, sollte beim Follow-up des Gipfels eine wichtige Rolle spielen.

Bemerkenswert ist die Forderung, über die traditionellen ökonomischen Ansätze hinauszublicken. Die EU stellt dazu fest:

„Committing to the global social development agenda is not just the right thing for us to do, but also a strategic economic decision. We emphasize the Economy of

*Wellbeing approach, which underlines the mutually reinforcing nature of economic growth and wellbeing. Policies and structures supporting social development and human capital are investments providing economic and social returns as well as stability, security and resilience for societies, often not reflected in GDP numbers alone.“*

Der **Vertreter Norwegens** schloss sich der generell positiven Bewertung des Zero Drafts an. Er hob lediglich einige Punkte hervor, die in der Abschlusserklärung noch stärker betont werden sollten. Dazu zählen die Bedeutung des sozialen Dialogs von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die besondere Erwähnung von marginalisierten und vulnerablen Gruppen, wie LGBT+ Personen und Menschen mit Behinderungen, sowie die faire und effektive Besteuerung und die Bekämpfung von Korruption und illegalen Finanzflüssen als Schlüsselfaktoren für Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung.

Dass es über den Zero Draft unter den meisten Regierungen anscheinend keine grundsätzlichen Kontroversen gab, liegt möglicherweise auch daran, dass der Wortlaut sehr allgemein gehalten ist konkrete Verpflichtungen weitgehend vermeidet. Das gilt insbesondere für den Abschnitt zur Finanzierung sozialer Entwicklung. Hier soll offensichtlich den Entscheidungen der vierten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (**FfD4**), die vom 30. Juni-3. Juli 2025 in Sevilla stattfindet, nicht vorgegriffen werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben im Vorfeld der Verhandlungen wesentlich konkretere und weitergehende Forderungen formuliert. So hat beispielsweise die Global Coalition for Social Protection Floors (GCSPF) im Februar 2025 unter dem Titel **„Achieving Global Social Justice“** einen umfangreichen Katalog von Kernbotschaften und Empfehlungen zum zweiten Weltsozialgipfel veröffentlicht. Sie hat sie zu folgenden drei übergreifenden Punkten zusammengefasst:

*„A. Alle Regierungen, die dies noch nicht getan haben, sollen sich verpflichten, bis Ende 2028 nationale Umsetzungs- und Finanzierungspläne für universelle Soziale Basisschutzsysteme (Social Protection Floors) zu entwickeln, um den Start einer neuen Ära der sozialen Sicherung nach Abschluss der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorzubereiten.*

*B. Nationale Ressourcen und inländische Einnahmen werden in den meisten Fällen ausreichen, um den erforderlichen Ausbau sozialer Sicherung zu gewährleisten. Wo die Ressourcen nicht ausreichen,*

*wird der internationalen Gemeinschaft und den internationalen Finanzinstitutionen nachdrücklich empfohlen, Programme und Strategien aufzustellen, um den Bedarf an Zuschüssen und Darlehen zu decken, mit denen die Regierungen finanziell und technisch bei der Einführung oder Ausweitung universeller Sozialschutzsysteme unterstützt werden können.*

*C. Die nationalen Pläne und die Fortschritte bei ihrer Umsetzung sollten alle fünf Jahre auf der Grundlage eines zu diesem Zweck eingerichteten Überwachungs- und Kontrollmechanismus überprüft werden. (...)*

Angesichts der vagen Formulierungen im Zero Draft ist die Sorge bei manchen Beobachter\*innen groß, dass der Gipfel in Doha weit hinter dem zurückbleibt, was angesichts der globalen Krisen erforderlich wäre. Die Ökonominnen Isabel Ortiz, Odile Frank und Gabriele Köhler (**Global Social Justice**) konstatieren in einem gemeinsamen **IPS-Beitrag** einen Mangel an Ambition und warnen davor, eine einmalige Gelegenheit zu verpassen. Der zweite Weltsozialgipfel sei für Regierungen und die Vereinten Nationen eine *„once-in-a-generation opportunity“*, um gravierende soziale Missstände zu beheben und das globale Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit zu bekräftigen. Dazu müsse die Abschlusserklärung des Gipfels aber mehr als nur Wunschformulierungen enthalten und verbindliche Maßnahmen mit konkreten Verpflichtungen vorsehen. Sie nennen dazu eine lange Liste von Handlungsfeldern, darunter Maßnahmen zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheiten, zur Gleichstellung der Geschlechter, zur Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen und zum systematischen Schutz der sozialen Entwicklung vor Haushaltskürzungen und Privatisierung.

Dass es angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Atmosphäre noch gelingt, beim zweiten Weltsozialgipfel ein entsprechend ambitioniertes Abschlussdokument zu verabschieden, ist eher unwahrscheinlich. Für einige Beobachter\*innen wäre es schon ein Erfolg, wenn eine Abschlusserklärung verabschiedet wird, die nicht bis zur Bedeutungslosigkeit verwässert wurde.

Allerdings: „Die wahre Bedeutung des Gipfels wird daran gemessen werden, was nach dem Gipfel geschieht“, hatte schon der damalige dänische Ministerpräsident Poul Rasmussen 1995 festgestellt. Gleiches gilt auch 30 Jahre später. Entscheidend wird sein, ob es mit dem zweiten Weltsozialgipfel gelingt, die „soziale Frage“ dauerhaft höher auf der internationalen Agenda zu verankern. Dies wird

nur gelingen, wenn im Anschluss an den Gipfel ein Folgeprozess etabliert wird, in dem die **Kommission für soziale Entwicklung** und die **Global Coalition for Social Justice** eine größere Rolle spielt und ein Review nicht erst wieder nach 30 Jahren, sondern bereits in fünf Jahren erfolgt – dann in enger Verbindung zu den Diskussionen über eine „Post-2030-Agenda“. Und es wird davon abhängen, ob zivilgesellschaftliche Gruppen das Thema vorantreiben. Nach dem ersten Weltsozialgipfel haben sie unter dem Dach des Social Watch-Netzwerks ihre Regierungen Jahr für Jahr daran erinnert, die Verpflichtungen von Kopenhagen einzu-

halten. Mit den Weltsozialforen haben zivilgesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen seit 2001 den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit größere mediale und politische Aufmerksamkeit verschafft. Die Initialzündung dazu war vom NGO-Forum “95 in Kopenhagen ausgegangen. Wenn der zweite Weltsozialgipfel eine ähnlich mobilisierende Wirkung hätte, wäre er tatsächlich ein Meilenstein im Ringen um globale soziale Rechte.

*Jens Martens ist Geschäftsführer des  
Global Policy Forums Europe*

## Weitere Informationen

### Webseite des 2. Weltsozialgipfels:

<https://social.desa.un.org/world-summit-2025>

**Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2025):** The road to the 2025 Second World Summit for Social Development: towards a pact for inclusive social development. ECLAC Special Report (1).

<https://www.cepal.org/en/publications/81412-road-2025-second-world-summit-social-development-towards-pact-inclusive-social>

**Global Coalition for Social Protection Floors (2025):** Achieving Global Social Justice. Key messages and recommended policies to achieve Universal Social Protection and its financing. Contribution of the Global Coalition for Social Protection Floors (GCSPF) to the outcome document of the Second World Summit for Social Development (Doha, 4–6 November 2025).

<https://www.socialprotectionfloorscoalition.org/2025/02/achieving-global-social-justice/>

**UN (2025):** Food for Thought Paper. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/documents/2025/WSS%20Food%20for%20Thoughts%202025%20V07.03.25%20.pdf>

**UN (2025):** Draft Political Declaration of the World Social Summit under the title the Second World Summit for Social Development („Zero Draft“). New York.

<https://www.un.org/pga/wp-content/uploads/sites/109/2025/04/Zero-Draft-clean-as-of-24-April-2025-12pm.pdf>

**UN DESA/UNU-WIDER (2025):** World Social Report 2025: A New Policy Consensus to Accelerate Social Progress. New York.

<https://desapublications.un.org/file/21124/download>

**UN IATF (2025):** Synthesis of Key Messages on Social Inclusion to support preparation for the Second World Summit for Social Development. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/2025-04/Synthesis-Brief-Social%20Inclusion.pdf>

**UN IATF (2025):** Synthesis of Key Messages on Eradicating Poverty to support preparation for the Second World Summit for Social Development. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/2025-04/Synthesis-Brief-Poverty.pdf>

**UN IATF (2025):** Synthesis of Key Messages on Full Employment and Decent Work for All to support preparation for the Second World Summit for Social Development. New York.

<https://social.desa.un.org/sites/default/files/2025-04/Synthesis-Brief-Full-Employment-DecentWork.pdf>

**UNRISD (2022):** Crises of Inequality. Shifting Power for a New Eco-Social Contract. Genf.

<https://cdn.unrisd.org/assets/library/reports/2022/full-report-crises-of-inequality-2022.pdf>

**Impressum****Der zweite Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen 2025  
Meilenstein im Ringen um globale soziale Rechte?****Herausgeber:**

Global Policy Forum Europe e.V.  
Königstraße 37a, 53115 Bonn  
Tel. 0228 9650510  
europe@globalpolicy.org  
www.globalpolicy.org  
Kontakt: Jens Martens

**Mit Unterstützung der**

**Autor:** Jens Martens

**Redaktionelle Mitarbeit:** Bodo Ellmers, Anna Held und Celia Sudhoff

**Gestaltung:** www.kalinski.media

Bonn, Juni 2025